

Hunderttausende demonstrieren gegen die AfD.

Für Demokratie. Für welche denn eigentlich?

Der Weckruf

Wogegen die vielen Leute, die das sonst nicht tun, auf die Straße gehen, ist klar: gegen die AfD. Die von investigativen Journalisten ausspionierte „Geheimkonferenz“ in einer Potsdamer Villa wirkt ungeheuer mobilisierend. Dort hatten rechte und rechtsradikale Politiker mit Gesinnungsgenossen über die massenhafte Deportation von hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, darunter – was offenbar das Schlimmste ist – auch solchen mit deutschem Pass, beraten. Die Enthüllung rückt ins Licht, wozu die Rechtsaußen-Partei womöglich, wenn sie an die Macht kommt, fähig und willens sein könnte. Die schnell gezogene Parallele zur Wannsee-Konferenz der Nazis, auf der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, und das Wissen der Nachgeborenen, wie schlimm das alles für Deutschland geendet hat, tun ein Übriges, um den Faschismus-Verdacht gegen die AfD zu nähren. Dass die solche Pläne dementiert und mit „Remigration“, von der sie schon spricht, etwas anderes meinen will, ändert nichts. Nachdem aufgedeckt worden ist, wo das alles enden könnte, wollen die Demonstranten

„Den Anfängen wehren!“

Welchen Anfängen? Wer gegen die schlechte Behandlung von Migranten ist, kann doch nicht erst bei der AfD anfangen. Und schon gar nicht für die Demokratie eintreten, die es in Deutschland gibt. Die ist mit ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik doch selbst der Anfang und eigentlich längst nicht nur der Anfang dessen, was schon jetzt, und zwar programmatisch, mit Deportationen endet: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, sagt der demokratische Kanzler.

Nicht zu vergleichen? Weil die Berliner Politik nur Menschen ohne Aufenthaltsrecht trifft? Wo ist denn dann die Grenze zwischen der guten, demokratischen Ordnung, für die man demonstrieren geht, und der faschistischen Gefahr, der man sein „Nie wieder ist jetzt!“ entgegenschleudert? Hat die gemeinte Grenze überhaupt einen Inhalt, und wenn, hat sie denselben Inhalt wie letztes Jahr oder vor zwei Jahren? Wissen die Demonstranten, was sie definitiv nicht mehr mitzumachen bereit sind, oder verteidigen sie gegen die rechte Gefahr den je aktuellen Status quo, dessen Einführung sie seinerzeit als Rechtsruck beklagt hatten? Immerhin konzipiert die demokratische Regierung gegenwärtig eine Reform der Flüchtlingspolitik, wie sie bis vor Kurzem nur die Bürokraten der ausländerfeindlichen Opposition gefordert hatten: mit Asylprüfungscentren nach dem britischen Runda-Vorbild weit weg von europäischen Grenzen, und mit Kurzprüfungen des Asylbegehrens in exterritorialen, gefängnisartigen Lagern mit anschließender Rückführung für die, die es bis an die EU-Grenzen schaffen.

Oder verläuft die Scheidelinie zwischen dem, wogegen, und dem, wofür demonstriert wird, vielmehr zwischen einem *rassistischen Ungeist*, aus dem heraus die Rechtsradikalen gegen Ausländer hetzen, und dem *sachlichen Ton*, mit dem demokratische Bevölkerungspolitik – durchaus mit humanem Bedauern und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Vorgaben – ihre jeweiligen Verschärfungen im Umgang mit den Flüchtlingen begleiten? Spaßige Sprachkunststückchen – „Lieber Menschenrechte als rechte Menschen“, „Lieber solidarisch als solide arisch“ – und die überall auftauchende Erklärung, dass man sich gegen Hass und die Hasser wende, legen jedenfalls nahe, dass die Absage an die rassistische Gesinnung eben den feindseligen Motiven gilt, die man in der Rhetorik der AfD zur Flüchtlingspolitik findet, und nicht so sehr dieser Politik selbst: Die armen Leute, die Deutschland fernhält oder wieder wegschickt, sollen nicht verachtet und als minderwertig geschmäht werden. Harte Ausländerpolitik ist die eine Sache, Ausländerfeindschaft eine andere, die sich nicht gehört. Ist das der demokratische Unterschied, auf den es ankommen soll?

Die Einheit der Demokraten

Keine dieser Fragen wird von den Demonstranten beantwortet, schon gar nicht einheitlich: Es gibt diejenigen, die die deutsche und europäische Migrationspolitik auch ohne die AfD schon ziemlich schlimm finden. Und es gibt die anderen, die diese Politik unterstützen, sie aber nicht von der AfD gemacht sehen wollen. Der Dissens wird auf den Demonstrationen immer wieder laut – und dann schnell wieder leise. Teilnehmer rufen: „Merz, das gilt auch für dich“ und vermissen bei CDU und SPD die berühmte Brandmauer gegen Xenophobie und Abschiebungspolitik. Es laufen auch Leute mit, die meinen, eine Demonstration für die Demokratie wäre eine Gelegenheit, an das Leiden der Palästinenser in Gaza und das ihnen verweigerte Recht auf eine eigene Demokratie zu erinnern. Sie alle ernten überwiegend Buh-Rufe und kriegten von den veranstaltenden Organisationen die rote Karte gezeigt. Die lassen das einigende Bekenntnis zu den hohen Werten der Demokratie nicht von Leuten stören, die von der wirklichen Politik reden und eine Kritik äußern, die nicht nur der AfD gilt. Dem Vorwurf von CDU/CSU, dass die Veranstalter aus der linken Ecke kommen und gegen rechts demonstrierend die demokratische Rechte diskriminieren, treten diese so entgegen, dass sie die C-Parteien ausdrücklich zum Mitmarschieren einladen und deren Vertretern ihre Bühnen für deren Version von AfD-Kritik zur Verfügung stellen. Wenn in noch einem anderen Fall Aktivisten großsprecherisch behaupten, ihre ganze Stadt hasse die AfD, bekommen sie zu hören, sie stünden auf derselben verachtungswürdigen Stufe wie die Partei der Hasser und würden nicht zum Geist der – fast – alle umfassenden, niemanden feindlich ausgrenzenden Demonstration der Demokraten passen.

Was also verbindet die einen und die anderen Demonstranten, wenn sie „Gemeinsam gegen rechts“ antreten? Sie eint der Wille, zugunsten des gemeinsam artikulierten Glaubens an die Werte und die gute Mission ihres Staates von der Politik, die der macht, komplett abzusehen, und ebenso davon, was sie selbst von dieser Politik wollen und andere Mitdemonstranten eben nicht wollen. Jeder politische Inhalt würde die Einheit der guten Gesinnung und damit das unüberbietbar breite Bündnis für die Demokratie sprengen. Umgekehrt ist die Einheit der Gutwilligen dann auch der ganze Inhalt der Massenaufmärsche. Die Teilnehmer fordern sie nicht, demonstrieren nicht für diese Einheit, sondern repräsentieren sie: Sie verwirklichen ihr Selbstbewusstsein, die demokratische Substanz des Landes zu sein, die den hasserfüllten Spaltern widersteht.

Wenn sie für Demokratie eintreten, denken sie also nicht an die Staatsform der Verfassung und ihre Regularien – deren Konsequenzen fürchten sie ja eher, wenn sie vor einem demokratischen Weg der Rechtsradikalen an die Macht warnen –, sondern an die Einigkeit und Einheit aller mündigen Bürger, die sich einreihen, weil sie sich an den korrekten, noch immer gültigen liberalen und weltoffenen Anstand halten.

„Wir sind die Mehrheit!“

Mit den über Wochen großen Zahlen auf den Marktplätzen der Republik schenken die Demonstranten sich ihr Argument: Der politischen Richtung, die den Ruf: „Wir sind das Volk“ gepachtet hat, stellen sie sich als das wahre einig Volk entgegen. Sie beanspruchen, die Mehrheit zu repräsentieren, und gründen darauf das Recht, im Land die Maßstäbe zu setzen. Die Minderheit, zu der sie das rechte Lager erklären, hat kein Recht, eben weil – etwa auch solange? – sie die Minderheit ist. Deren abweichendes politisches Programm qualifiziert die Rechten zu Volksfein-

VORTRAG & BUCHVORSTELLUNG

Demokratie, die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Referent: Dr. Joseph Patrick, Redakteur des GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt: Donnerstag, 25. April 2024, 19 Uhr
DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof, Veranstalter: farbeROT

Marburg: Mittwoch, 24. April 2024, 19 Uhr
neues Seminargebäude, Raum 305, Pilgrimstein 12
Veranstalter: Gruppe GegenSatz

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu „bewirken“ oder zu „verändern“.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzige Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom „Druck der Straße“ – viel zugehörig hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es ungeklärten Zeitgenossen „letztlich doch egal“ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

GEGENSTANDPUNKT

Erhältlich über den Buchhandel
Preis: 20 €
oder direkt bei Verlag unter
www.gegenstandpunkt.com

den und Spaltern. Nicht der bestimmte Inhalt der Alternativ-Programmatik der AfD, mit dem sich ja höchstens in Form moralischer Schlagworte befasst wird, ist die eigentliche Sünde; er steht nur für *Abweichung von der und Bestreitung der anständigen Norm*: Die Rechten stören die Volkseinheit, grenzen sich aus ihr aus, wollen nicht dazu gehören und gehören nicht zum ansonsten einigen Volk. Eine radikalere Verurteilung der „Völkischen“ können sich die demonstrierenden Demokraten gar nicht vorstellen.

Maßvolles Lob und neue Erwartungen der Staatselite an die Pro-Demonstranten

Der Bundespräsident wie alle Politiker aller Parteien – außer der AfD natürlich – zeigen sich erfreut, dass „die demokratische Mitte der Gesellschaft aufgewacht ist“. Den öffentlich gemachten Bekenntnissen zu den Idealen der Demokratie – bunt, antirassistisch, weltoffen – geben sie unbedingt recht; dass es bei uns, und natürlich auch und erst recht ihnen, um lauter gute Aufgaben geht, können sie nur bestätigen. Sie stellen den aktiven Bürgern gegenüber, sofern das überhaupt nötig ist, aber auch klar, mit welcher Realität die sich über den Umweg der Ideale identifiziert haben: Mit dem Staat, so wie er ist.

„Ich finde, das ist ein äußerst ermutigendes Zeichen einer lebendigen Demokratie, dass sich in einer so großen Zahl Menschen auf die Straße begeben“, sagte Merz... Sie hätten „für den Erhalt unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates, unserer Freiheit“ demonstriert. Sein Wunsch: „Wenn jeder Zehnte von denen, die demonstrieren, morgen

in eine politische Partei eintritt, wäre viel geholfen.“ (news.de, 22.1.24)

Sosehr die Demonstrationen für den Staat den CDU-Chef auch ermutigen, sie reichen nicht. Engagement für die Demokratie darf nicht beim einmaligen und bloßen Dagegen gegen die Falschen stehen bleiben, sondern verlangt dauerhaften Einsatz, und zwar für ein eindeutiges *Da-für*. Was sich Merz von jedem Zehnten wünscht, das mahnt der Bundespräsident generell an:

„Diese Demonstrationen könnten aber nicht politisches Engagement ersetzen, sagte Steinmeier auf die Frage, wie es weitergehe mit den Protesten. Seine Bitte an Unzufriedene sei, runter vom Sofa zu kommen und sich aktiv für die Gemeinschaft einzusetzen. Demokratie lebe vom Engagement ihrer Bürger. In keinem Land gebe es so gute Möglichkeiten dazu wie in Deutschland. Dazu müsse Menschen, die politische Verantwortung übernehmen gerade auf kommunaler Ebene, aber auch wieder mehr Respekt entgegengebracht werden, mahnte Steinmeier.“ (Zeit Online, 26.1.24)

Wahres Engagement für die Demokratie besteht eben nicht im Demonstrieren. Wer die Demokratie wirklich stärken will, soll den Politikern Arbeit abnehmen, die Personaldecke der Parteien stärken, sich in Ämter wählen lassen, kurz: Mithelfen beim Staat-Machen. Die übrigen sollen den Vertretern des Staates den gebührenden Respekt erweisen. Und gefälligst richtig wählen. So funktioniert die Demokratie, die es wirklich gibt.

Jetzt doch irgendwann: Europäische Soldaten für Kiew?

Am ersten Montag des 3. Ukrainekriegsjahres wird die – schon längst bekannte – Begründung des deutschen Bundeskanzlers für seine Absage an die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine öffentlich: Deren zweckmäßiger Einsatz wäre ohne Mitwirkung deutscher Soldaten vor Ort nicht zu machen; das käme einer Verwicklung direkter Art in den Ukraine-Krieg gleich; die will er vermeiden. Die menschlichen Opfer und fälligen Verwüstungen sollen weiterhin ausgelagert bleiben. Sofort hagelt es die ebenfalls längst bekannte Kritik: Wieder einmal zögert der Kanzler das Notwendige, das zur Verteidigung der Ukraine und Europas Überfällige in unverantwortlicher Weise hinaus – bis es dann doch, aber mal wieder zu spät, gemacht wird. Voraus-eilend stricken die notorischen Friedensfreunde von der FDP, den Grünen und den C-Parteien an einer neuen Dolchstoßlegende; mit der Ukraine und der Weltordnung in der Rolle der Opfer.

Am Dienstag danach wird bekannt, welche Konsequenz der französische Präsident anlässlich einer einschlägigen Ukrainekriegsunterstützerkonferenz von mehr als 20 engagierten Staaten in Paris aus dem für den Westen unbefriedigenden Fortgang des großen antirus-sischen Freiheitskampfes gezogen wissen will: Der Einsatz eigener, von europäischen Ukraine-Freunden mobilisierter Bodentruppen darf nicht ausgeschlossen werden. Prompt sind führende Repräsentanten der regierenden Koalition und der C-Opposition strikt dagegen (nicht so strikt die notorische Mutter Courage von der FDP). So weit reicht der bundesdeutsche Konsens, wenigstens offiziell, also noch: Waffen, mit denen ukrainische Soldaten russische Kräfte auch weit hinter der Front effektiv ausschalten können – jede Menge, jederzeit, unbeding. Aber das mörderische Kriegselend dürfen weiterhin die

Freiheitshelden ukrainischer Nationalität übernehmen. Also doch nicht, so wie von Macron angemahnt, *alles* dafür, dass Russland den Krieg verliert? Oder gilt dieses ‚Nein‘ auch wieder nur ‚bis auf Weiteres‘, bis die NATO-Arsenale wieder aufgefüllt sind und die Panzerproduktion ins Rollen gekommen ist?

Mal anders gefragt, an die Adresse der aufgeschreckten christlichen und regierenden Neinsager: Was haben die sich denn dabei gedacht, wenn sie über zwei Kriegsjahre nicht müde geworden sind, einen Sieg über Russland zu *ihrer Sache* – zum Herzensanliegen Deutschlands und folglich ungefragt zu unser aller Pflicht – zu erklären? Wenn sie über das enorme Maß der praktizierten indirekten Kriegsführung des vereinigten Westens hinaus immer noch mehr Waffen, eine quantitativ und qualitativ schrankenlose Eskalation des Gemetzels herbeigefordert haben? Wenn sie jede Erinnerung an die abschreckende Wucht der Atomwaffen Russlands als völlig übertriebene, weil grundlose Feigheit vor dem Feind abgewiesen haben?

Na gut, die Antwort will man lieber gar nicht wissen. Denn was auch immer sie sich gedacht haben und jetzt denken: Partei ergriffen haben sie erstens *für Krieg*. Zweitens für Krieg als *Mittel*, *Russland fertigzumachen*, um eine europäische Staatenordnung gemäß ihrer weltpolitischen Raison durchzusetzen. Drittens für einen Krieg mit und auf Kosten der *Ukraine als Werkzeug*. Und zwar logisch in dieser Reihenfolge:

- Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen andere Gewaltmonopolisten zu fassen und für deren Durchsetzung Krieg zu machen, gehört zum Berufsbild von Leuten, die erfolgreich beschlossen haben, Politiker zu werden.

- Krieg gegen Russland, bis es von seinem ausgreifenden Sicherheitsbedarf an seiner Südwestgrenze Abstand nimmt und sich als Weltmacht geschlagen gibt, gehört zur Staatsraison der als NATO organisierten Mächte, noch einmal speziell der auf europäische Führungsmacht erpichten Nationen Deutschland und Frankreich, *weil* Russland mit seiner Kriegsmacht die Vollendung der westlichen Vorherrschaft in der Welt und in Europa speziell blockiert und *nachdem* dieser Staat seinen Einspruch gegen die Vormacht des Westens kriegerisch geltend macht.
- Kriegsführung beschränkt auf die Ukraine und das russische Hinterland als Schauplatz folgt dem weltpolitischen Zweck Deutschlands und seiner NATO-Partner, der russischen Militärmacht ihre Existenz zu bestreiten, ohne die eigene Existenz als die Zentren des Weltgeschehens aufs Spiel zu setzen.

Mit seinem Vorstoß zum Einsatz europäischer Bodentruppen in der Ukraine macht Macron die Entscheidungssituation kenntlich, die in dem Kriegszweck des Westens enthalten ist und auf die der Krieg zusteuert: *Ist* der Sieg über Russland jetzt die viel und laut beschworene weltpolitische Existenzfrage der NATO-Mächte, inklusive oder auch ohne USA? Oder macht der Westen eine russische Niederlage bis zuletzt zur Existenzfrage allein für Selenskyjs Ukraine?

Die Freiheit, diese Frage gemäß den strategischen Bedürfnissen des Westens zu beantworten, bedarf einer Voraussetzung, die in Deutschland erst noch her- oder jedenfalls fertiggestellt werden muss: Das liebe friedensverwöhnte Volk muss erstens militärisch aufgerüstet und zweitens darauf vorbereitet und

eingestimmt werden, dass es sich das *Projekt Kriegstüchtigkeit* praktisch gefallen lässt und leitkulturell Gefallen daran findet. Bis dahin gibt es noch einiges zu tun. Aber so wie die Rüstungsindustrie in Sachen Hardware arbeitet, so arbeiten Politik und Öffentlichkeit in Sachen Wille und Bewusstsein an einem Erfolg. Dabei gibt es im Bereich der moralischen Aufrüstung gegen Putins Reich des Bösen nichts wirklich Neues – allenfalls die frohe Aussicht, am Boom der Rüstungsaktien zu verdienen, wenn man genug Geld und den richtigen Vermögensberater hat. Ansonsten gibt es die seit zwei Jahren gewohnte Hetze in immer neuen Auflagen.

Ein produktiver Beitrag zu nationaler Einsichtigkeit in der Kriegsfrage ist aus anderer Richtung zu verzeichnen: Wie die Gewalt des Guten mit einer blutigen Herausforderung durch das Böse fertigzuwerden hat, fertigwerden darf und muss, dafür bietet der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza ein aufbauendes Beispiel. Jedenfalls gemäß der hierzulande allein zulässigen Lesart: Ein terroristischer Überfall berechtigt, nein: verpflichtet die überfallene Staatsgewalt zur Anwendung von allem, was sie an Mitteln hat, und das ganz nach eigenem Ermessen. Opfer, auch wenn sie in die Zehntausende gehen, sind kein Einwand gegen den guten Zweck. Diese Einsicht ist im Sonderfall Israel für Deutschland zwar ein moralischer Sonderfall. Aber so besonders ist er dann doch nicht, dass er sich nicht auf den näher liegenden Fall Ukraine übertragen ließe: Auch dafür gibt er eine brauchbare Lehre her für den schlüssigen Zusammenhang zwischen Staatsräson, Militärgewalt und gutem staatsbürgerlichem Gewissen. Man darf sich nur nicht durcheinanderbringen lassen, für welche Opfer das Stichwort Genozid noch zu schwach und für welche es absolut verboten ist.

farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Sollen Taurus in die Ukraine? Oder doch nicht wegen des dafür nötigen Einsatzes deutscher Soldaten? Oder doch, und gleich noch europäische Nato-Soldaten dazu? Das sind die Fragen, die europäische Politiker sich mittlerweile stellen. Das *Recht* dazu haben sie, weil die Hoheit über kriegerisches Töten und Zerstören zu ihren demokratischen Kompetenzen gehört. Den *Bedarf* an Abwägung haben sie, weil ihr Interesse an der Auslagerung von Opfern und Verwüstungen in ihrem Stellvertreter-Krieg weiter groß ist. *Warum* wälzen sie inzwischen trotzdem Optionen, direkt als Kriegspartei vor Ort einzusteigen? Das muss an der Bilanz liegen, die sie über das heldenhafte Wüten dort, seinen Nutzen, seine Perspektiven, also ihre Regie darüber ziehen.

Soll die *Schuldenbremse* bleiben, weil sie für deutsche „Sparsamkeit“ und „Haushaltsdisziplin“ steht? Oder doch nicht, weil sie „nötige Investitionen in die Zukunft“ behindert? Solche Fragen stellen sich deutsche Politiker – zwar nicht wirklich *solche*, denn an diesen Sprechblasen ist alles falsch, dienen sie doch bloß der demokratischen Wirkung auf den Bürger, der sich mit seiner Alltagsvernunft in die Alternativen den Haushalt und die Schulden des Staates einfühlen soll. Tatsächlich dreht sich Haushaltskontroverse um den imperialistischen Aufbruch Deutschlands, zu dem es definitiv keine Alternative mehr geben soll: um den Aufbau einer neuen militärischen Macht und die Bewahrung ökonomischer Macht auf neuen Feldern der Konkurrenz mittels und zwecks überragender deutscher Finanzmacht.

Ist *Antisemitismus* dasselbe wie Israelkritik? Oder doch nicht ganz, und Israelkritik ist bloß dasselbe wie Antisemitismus? Fragt die deutsche Öffentlichkeit anlässlich des Gazakrieges. In jedem Fall – so die verpflichtende Antwort – verbietet sich speziell für „uns Deutsche“ jede Kritik an Israel und seinem Recht zu diesem Krieg. Die Gewaltorgie selber ist bequemerweise vollständig in den Händen der israelischen Kriegs- und ihrer amerikanischen Schutzmacht, die das Geschehen – wie sie auf die eine oder andere Weise demonstrieren – auch auf Basis ihrer kombinierten atomaren Abschreckungsmacht souverän beherrschen.

Soll man die *AfD* verbieten, weil sie undemokratisch ist? Oder doch nicht, weil ihr das bestätigen würde, dass alle anderen undemokratisch sind? Das fragen sich Politik, Öffentlichkeit und ein Großteil des Volkes angesichts von AfD-Erfolgen und Plänen zur „*Remigration*“, die sogar die regierende Ausländeraus-Politik überbieten. Weniger interessiert demokratische Politiker und aufgewühlte Bürger, worin die Systemopposition der AfD besteht. Das würde die einen ja nur dabei stören, eine unliebsame Konkurrenz loszuwerden, und die anderen bei ihrer Empörung über diesen demokratischen Außenseiter, die weder von der herrschenden Politik noch von deren populistischer Alternative etwas wissen will.

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag für 15 € erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com



2 Jahre Ukraine-Krieg: Zwischenbilanz der Macher

1. Russen töten und sterben für den Status ihres Heimatlandes als weltpolitisch ernst zu nehmende militärische Weltmacht; einen Status, den das große Militärbündnis der USA mit Europa nicht duldet, gegen den die NATO gerichtet ist und ausgebaut wird. Sie sind die menschliche Manövriermasse in einer blutigen Konkurrenz der nationalen Ressourcen, die ihre Staatsmacht auf dem Schauplatz Ukraine austrägt: gegen die ukrainische Armee als unmittelbaren Feind; dabei für den allerhöchsten strategischen Zweck, dem Monopol des Westens als weltweit zu wirksamer Abschreckung fähige Gewalt eine letztlich ebenbürtige Gegen-Abschreckung als wirksamen Einspruch entgegenzusetzen. Russlands weltmachtpolitischer Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die amerikanisch-europäische Kriegsallianz geht in seiner Umsetzung in Form einer auf die Ukraine beschränkten „militärischen Spezialoperation“ – so heißt der Krieg in Moskau noch immer – nicht auf, fällt damit aber praktisch zusammen: Dort ringt der Staat um ein Kriegsergebnis, das der Regierung als hinreichende westliche Niederlage und russischer Erfolg erscheint.

Der ursprüngliche Plan, mit einem Überfall für eine Entmachtung der als NATO-Vasall agierenden Regierung in Kiew zu sorgen, ist vom Westen vereitelt und auch die nächste Phase des Krieges, die Eroberung der ostukrainischen Gebiete, ist weitestgehend gestoppt worden; mit NATO-Mitteln hat die ukrainische Armee den russischen Feind in einen ruinösen Abnutzungskrieg verwickelt; zudem muss Russland mit einer massiven ökonomischen Schädigung durch den immer weitergehenden Ausschluss vom westlich beherrschten Weltmarkt fertigwerden. Gleichwohl: Anfang 2024 zieht Russland über den Stand dieses doppelten *Kampfs der Ressourcen*, für den es sein Volk an der Front und in der Heimat in Haftung nimmt, eine dreifache positive Bilanz.

Die betrifft erstens die ökonomische und menschliche Basis der Staatsmacht. Die nationale Wirtschaft ist unter den Kosten des Krieges nicht nur nicht zusammengebrochen, sondern erfolgreich auf Kriegswirtschaft umgestellt.

„*Putin behauptete, dass 6 000 russische Unternehmen und 3,5 Millionen Arbeitnehmer Teil der russischen DIB [defence industrial base] seien und dass 10 000 weitere Unternehmen in Hilfs- oder Unterstützungsfunktionen mit der DIB verbunden seien. Putin erklärte, dass die russische DIB in den letzten 16 Monaten 520 000 neue Arbeitsplätze geschaffen habe; die Produktion von gepanzertem Personenschutz um den Faktor 2,5 gesteigert habe; und die Produktion von gepanzerten Fahrzeugen und anderer Ausrüstung für die Kriegsführung mit verbundenen Waffen um einen nicht näher bezeichneten Prozentsatz gesteigert habe... Putin betonte auch wiederholt, dass Russland seine DIB mit technologischer Innovation und Anpassung prioritär erweitere, und behauptete, dass alle neuesten Waffen Russlands von NATO-Ländern hergestellten Waffen überlegen seien.*“ (Institute for the Study of War, 2.2.24)

Der hochgefahrte militärisch-industrielle Komplex, finanziert durch ca. ein Drittel des gesamten Staatshaushalts (mehr als 6 % des BIP), produziert und ersetzt die benötigten, massenhaft verschlissenen Kriegsgeräte. Die restliche Wirtschaft ist dabei, sich aus der Abhängigkeit vom Westen, die der zur Schädigung Russlands einsetzt, zu befreien. Der Energie- und Rohstoffsektor kann eine Steigerung bei den Exporteinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft verbuchen. Damit sorgt der Staat trotz aller Sanktionen im Zuge des westlichen Wirtschaftskrieges für ein Wirtschaftswachstum insgesamt, für das sich Ex-Präsident Medwedjew sarkastisch-hämisch bei der EU bedankt. Auch in Bezug auf die Ressource Mensch, die so großzügig auf dem Schlachtfeld verbraucht wird, sieht sich Russland in der Lage, den Krieg besser auszuhalten als sein Gegner: Eine weitere Mobilmachung hält der russische Präsident trotz hoher Todeszahlen an der Front in der aktuellen Phase nicht für geboten, weil das Militär genug Soldaten rekrutieren kann – auch im Ausland; für eigene Bevölkerungsteile wie für etliche fremde Völker ist ein russischer Sold durchaus attraktiv.

Seine derzeitige Übermacht an Ressourcen nutzt Russland, um auf dem Schlachtfeld den Stellungskrieg zu überwinden und in die Offensive zu gehen. Aus Sicht Putins hat Russland nämlich zweitens den Kriegsverlauf nach der Abwehr der ukrainischen, mit modernsten Panzern aus- ▶

gestatteten Offensive endlich unter Kontrolle gebracht; und das eröffnet ihm die Freiheit, öffentlich Überlegungen anzustellen, wie der Erfolg einer nächsten Kriegsetappe auszusehen hätte. Da kann er sich z.B. große Teile der Ukraine als militärische Pufferzone vorstellen:

„Und diese Linie muss derart sein und in einer solchen Entfernung zu unseren Territorien verlaufen, dass sie die Sicherheit gewährleistet, ich denke da an weitreichende Waffen, vor allem aus ausländischer Produktion.“

Auf Basis dieser Erfolge ist für Putin drittens klar: Russland kann der NATO aus einer Position der Stärke gegenüberreten. Die Lage auf dem Schlachtfeld macht er zum Hebel für eine Kriegsdiplomatie mit dem Westen: Den will er zu der Einsicht bringen, dass Russlands Militärmacht nicht zu zerstören, der russische Anspruch auf Weltmachtgeltung also unbedingt zu berücksichtigen ist:

„Bislang war das Geschrei groß, Russland auf dem Schlachtfeld eine strategische Niederlage beizubringen. Jetzt scheinen sie zu erkennen, dass dies schwer zu erreichen ist, wenn überhaupt möglich. Meiner Meinung nach ist es per Definition unmöglich, es wird niemals geschehen. Ich habe den Eindruck, dass nun auch die Machthaber im Westen zu dieser Erkenntnis gelangt sind. Wenn das so ist, wenn die Erkenntnis eingesetzt hat, dann müssen sie überlegen, was sie als Nächstes tun. Wir sind bereit für diesen Dialog.“ (Putin, 9.2.24)

Dass Putin damit bisher nur auf Absagen seitens der USA und der europäischen Führungsnationen stößt, ist für ihn umso mehr der Stachel, auf dem Schlachtfeld weitere Fakten zu schaffen. Die verheerenden Opfer auf Seiten des eigenen Volkes, deren Ende nicht absehbar ist, fangen endlich an, sich zu lohnen – so die zynische Sicht eines kriegführenden Staatenlenkers.

2. Ukrainer sterben und töten für eine mehrfache Mission. Zuerst und vor allem für ihre Heimat. Die fällt nicht nur räumlich damit zusammen, sondern ist dadurch definiert, dass der zuständige Machthaber das gesamte Gelände der ehemaligen Sowjetrepublik wieder unter Kiew's Herrschaft bringen will, um damit in respektabler Weise Staat zu machen.

Mit diesem Vorhaben steht es nach 2 Kriegsjahren allerdings nicht gut. Aus der schon vom Sommer auf den Herbst '23 verschobenen Offensive, die einen Durchbruch durch die russische Frontlinie bringen sollte, ist nichts geworden. Die eigene Armee ist inzwischen mehr in der Defensive; und selbst für die fehlt es an Munition und an frischen Kräften. Und nicht nur das:

„Eine weitere Quelle von Spannungen ist die Kluft zwischen dem, was Saluschmyj für das ukrainische Militär gefordert hat, und dem, was die politische Führung Kiew's von Verbündeten und Partnern erhalten hat, sagte eine zweite Person, die mit dem Treffen am Montag vertraut war. Er sagt in Gesprächen mit dem Verteidigungsminister: Es ist nicht meine Aufgabe, das zu besorgen, sondern Ihre, so die Person.“ (Washington Post, 31.1.24)

Die militärischen Probleme sorgen für einen zunehmend zersetzenden Streit zwischen politischer und militärischer Führung um Schuld und Verantwortung; einen Streit, in dem die Seiten sich wechselseitig vorwerfen, mit den knappen Mitteln verkehrt umzugehen und so der gemeinsamen Sache zu schaden. Dieser Streit endet schließlich fürs Erste mit dem Austausch der Militärführung. Der neuen stehen allerdings auch keine weiteren Optionen zur Verfügung: Der Antrag, 500 000 weitere Soldaten zu rekrutieren, stößt nicht nur auf die Schwierigkeit, dass der Staat weder die nötige Ausrüstung hat noch die Mittel, diese zu beschaffen.

„Saluschmyj schlug vor, fast 500 000 Soldaten zu mobilisieren, eine Zahl, die Selenskyj angesichts des Mangels an Uniformen, Waffen und Ausbildungseinrichtungen sowie der potenziellen Probleme bei der Rekrutierung als unpraktisch ansah, so die Personen. Selenskyj hat auch öffentlich erklärt, dass der Ukraine die Mittel fehlen, um so viele neue Wehrpflichtige zu bezahlen.“ (Washington Post, 31.1.24)

Die Einberufung selber ist ein Problem: Es fehlt an Personal; von ausgebildeten Soldaten ganz zu schweigen. Ein Gesetzesvorhaben, das auf eine beträchtliche Ausweitung der Wehrpflicht zielt, kommt erst gar nicht zustande. Ein großer Teil der Dienstpflichtigen tut alles, um der Einberufung zu entgehen. Das immerhin mit so viel Erfolg, dass der

Staatschef schon vor Monaten die Leiter der zuständigen Behörden pauschal entlassen hat. Schuld daran ist nach amtlicher und allgemeiner Diagnose das „Erzübel“ der *Korruption*. Und das ist auch deswegen aufschlussreich, weil an demselben „Missstand“ – und nicht nur an den russischen Angriffen u.a. auf die Energie-Infrastruktur des Landes – der Aufbau einer halbwegs funktionsfähigen *Ökonomie* scheitert, mit der der Staat seine Gesellschaft bewirtschaften, Schuldenbedienung, Lohnauszahlung, Renten sicherstellen, geschweige denn die fortlaufende Unterhaltung der Armee leisten könnte. Es kommt nicht nur zu wenig Geld in den Haushalt: Die Staatsgewalt bringt den zuverlässigen Zugriff auf Land und Leute, die ordentliche Verfügung über menschliche und sachliche Ressourcen, die wirksame Bürokratie nicht zustande, die ihrem Anspruch auf Souveränität die nötige Grundlage verschaffen würde.

Nach 2 Jahren Krieg ist der Status der Ukraine – nach wie vor – nahe an dem eines „failing state“: Der Staat kämpft, mitten im Krieg, um die *Reichweite* seiner Macht, im Innern um sein funktionstüchtiges flächendeckendes *Gewaltmonopol*.

Für die Regierung in Kiew folgt aus der unübersehbaren, auch gar nicht übersehenen Zerrüttung ihrer Herrschaft als Erstes, siehe oben, die *Schuldfrage*. Gestellt und beantwortet wird sie, wie es sich in der Politik gehört, mit einem Machtkampf. Den entscheidet der Präsident fürs Erste und bis auf Weiteres für sich und damit für den unbedingten Willen zum Sieg, als dessen Inkarnation er nicht nur zu Hause, sondern bei jeder Gelegenheit in jedem befreundeten Ausland auftritt. Das tut er dort, um Unterstützung durch Geld und Waffen für sein Land einzuwerben. Damit leistet er ein doppeltes Eingeständnis. Nämlich erstens, dass sein Land zu dem Krieg, dem er es vollständig unterwirft, für den und von dem allein es überhaupt noch lebt, von sich aus gar nicht fähig ist. Dass es ihn führt, ist eine nationale Auftragsarbeit. Für welchen externen Zweck die Ukrainer aufgerieben werden, wenn sie für ihr heiliges Vaterland töten, sterben und leiden, bringt ihr Präsident bei seinen Auslandsbesuchen – und den Besuchen des wohlgesonnenen Auslands in Kiew – mit dem stereotypen Appell an den strategischen Eigennutz der freien Welt im Allgemeinen, den Sicherheitsbedarf der Europäer im Besonderen in Erinnerung. Das tut er mit zunehmender Dringlichkeit; und darin liegt das zweite Eingeständnis: Sein Land hält diesen Krieg immer weniger aus.

Diesem Befund setzt der Präsident seinen unerschütterlichen Siegeswillen entgegen. Zum einen, damit sein Volk ihn teilt und – wieder – vermehrt zu den Waffen strömt, statt sich vom Verheizt-Werden freizukaufen. Zum anderen, damit seine Sponsoren an dem Standpunkt festhalten – und zwar ehrlich und praktisch und nicht nur ideell –, dass ein ukrainischer Kriegserfolg für ihre weltpolitische Sache unentbehrlich ist, und damit sie ihr williges Werkzeug für den gewünschten Erfolg tauglich machen, weil der Präsident ihnen Erfolgstüchtigkeit verspricht, auch wenn Erfolge momentan ausbleiben. Für beides hat Selenskyj einen guten Grund, der wieder zu dem ersten hohen Zweck schrankenloser ukrainischer Opferbereitschaft zurückführt: Ein Gewaltapparat unter seinem Kommando, der sich – wenn auch in fremdem Auftrag und Interesse – gegen das russische Militär durchsetzt, wäre zumindest der Auftakt zu einem wirklichen Gewaltmonopol über alles, was von der Ukraine dann noch übrig ist, und insofern womöglich der Gründungsakt für einen Staat, der sich als Souverän sehen lassen kann. Dann wäre eine Generation abkommandierter Bürger wirklich für ein *ukrainisches* Vaterland draufgegangen.

3. Die westliche Kriegsallianz, Russlands eigentlicher Gegner, lässt Ukrainer sterben und mit viel freiheitlich-demokratischem Kriegsgerät Russen töten. Mit ihrem Engagement – ohne das es, wie jeder weiß, den Krieg gar nicht gäbe – nimmt sie den russischen Einspruch gegen ihre Politik der fortschreitenden Dezimierung russischer Weltmacht ernst, nämlich als Angriff auf ihr Weltordnungs- und strategisches Gewaltmonopol. Sie beantwortet Russlands gewaltsame Selbstbehauptung dort und auf dem Niveau, auf dem Russland sie sucht: im Kampf um die Ukraine, den Moskau als Entscheidungsfall für den eigentlichen großen Konflikt definiert und durchficht. USA und NATO nehmen das als historische Gelegenheit, gewaltsam gegen Russlands Ausnahmestellung in der Staatenwelt, seinen Status als Gegenmacht gegen das Abschreckungsregime der westlichen Weltmacht vorzugehen, ohne die strategische Substanz dieser Ausnahmestellung, die auf Atomwaffen gegründete Gegen-Abschreckung, direkt anzugreifen, also in all ihrer Bedrohlichkeit ins

Spiel zu bringen. Dass auf die Art Russlands Fähigkeit zur Selbstbehauptung als Weltmacht nicht definitiv zu eliminieren ist, nimmt der Westen berechnend in Kauf. Dank schrankenloser ukrainischer Opferbereitschaft führt er, risikobewusst und ohne eigene Menschenopfer, einen verheißungsvollen Angriff auf Russlands konventionelle Militärmacht inklusive ihrer ökonomischen und menschlichen Ressourcen; in der erklärten Absicht und tatsächlich mit der Option, die feindliche Macht zu zerstören. Das hat man sich bisher viel Geld kosten lassen. Dabei kommen die beiden NATO-Pfeiler zu Beginn des dritten Kriegsjahres allerdings zu keiner gemeinsamen Bilanz mehr.

a) In den USA herrscht mittlerweile ein politischer Streit um die Freigabe von 61 Milliarden Dollar an Unterstützungsleistungen für die Ukraine. Dem Beharren der Biden-Administration auf der absoluten Notwendigkeit dieses Hilfspakets nicht nur für die Ukraine, sondern für die Unanfechtbarkeit der amerikanischen Kontrolle über die gesamte Weltordnung, stellen nicht nur einige Republikaner, sondern auch und gerade ihr Chef Trump den Befund gegenüber, dass weiteres amerikanisches Geld für diesen Krieg weder nötig noch nützlich ist. Amerika hat sich für eine größere, dringlichere Feindschaft jenseits des Pazifik in Stellung zu bringen – gegen den einzigen Feind, der gefährden kann, was laut Trump und Co das einzige globale Anliegen der Nation, abgesehen von einem effektiven Schutzwall gegen globales Elend, zu sein hat: ihre Suprematie. Wenn Amerika die Ukraine und die Ukrainer für das Verschleifen der russischen Macht verschleißt, dann denkt es eben nicht genug an sich; es wird benutzt, statt andere zu benutzen. Damit wäre der noch grundsätzlichere Zweifel ausgedrückt, den diese Fraktion gegen den Nutzen des ganzen NATO-Bündnisses hegt, was im Bild von säumigen Schuldnern zweckgemäß formuliert wird.

Die Unentschiedenheit dieses Streits konkurrierender imperialistischer Selbstbilder bedeutet vorerst den Stopp weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine und macht sich auf dem Schlachtfeld schon geltend – dort, wo die Biden-Regierung ohnehin schon die *strategische* Bilanz gezogen hat, dass es in der Ukraine so wie bisher nicht weitergehen kann:

„Die Vereinigten Staaten intensivieren ihre persönliche militärische Beratung für die Ukraine und entsenden einen Drei-Sterne-General nach Kiew, der längere Zeit vor Ort verbringen wird. US-amerikanische und ukrainische Militäroffiziere hoffen, im nächsten Monat in einer Reihe von Kriegsszenarien in Wiesbaden, Deutschland, die Einzelheiten einer neuen Strategie ausarbeiten zu können. Die Amerikaner drängen auf eine konservative Strategie, die sich darauf konzentriert, das Territorium der Ukraine zu halten, sich einzugraben und im Laufe des Jahres Vorräte und Streitkräfte aufzubauen. Die Ukrainer wollen zum Angriff übergehen, sei es am Boden oder mit Fernschlägen, in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu ziehen.“ (nytimes.com, 11.12.23)

Der Krieg braucht ein neues militärisches Ziel; die Amerikaner erzwingen die Beendigung der ukrainischen Offensivbemühungen und eine Umstellung auf Defensive auf der ganzen Frontlinie.

„Noch immer unter dem Eindruck der gescheiterten Gegenoffensive in der Ukraine im letzten Jahr stellt die Regierung Biden eine neue Strategie zusammen, die den Schwerpunkt nicht auf die Rückgewinnung von Territorium legt und sich stattdessen darauf konzentriert, der Ukraine zu helfen, neue russische Vorstöße abzuwehren, während sie sich auf das langfristige Ziel der Stärkung ihrer Kampfkraft und Wirtschaft zubewegt. Der sich abzeichnende Plan stellt eine deutliche Veränderung gegenüber dem letzten Jahr dar, als die USA und verbündete Militärs Kiew mit Ausbildung und hochentwickelter Ausrüstung versorgten, in der Hoffnung, die russischen Streitkräfte, die die Ost- und Südukraine besetzen, schnell zurückdrängen zu können. Dieser Versuch scheiterte vor allem an den stark befestigten Minenfeldern und Frontgräben Russlands.“ (Washington Post, 26.01.24)

Die finanzielle Unterstützung wird nicht mehr auf die Aufrüstung einer neuen Offensive ausgerichtet, sondern soll als Erstes insgesamt reduziert werden. Zweitens soll in der Ukraine mit amerikanischen Geldern eine ukrainische Industrie inklusive einer militärisch-industriellen Basis aufgebaut werden, die diese in die Lage versetzt, die für den Abnutzungskrieg mit Russland benötigten Waffen und Munition selbst herzustellen und insgesamt eine Ökonomie am Laufen zu halten, die ihr als Quelle für die Finanzierung des Krieges dienen kann. Das ukrainische Kriegsziel, die Rückeroberung der besetzten Gebiete, ist damit bis

auf Weiteres vom Tisch:

„Aber was die umfassendere Frage betrifft: Nein, es hat keine Änderung der Strategie stattgefunden... Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir wollen, dass die Ukraine ein unabhängiges Land ist, und das bedeutet, dass sie auf eigenen Beinen stehen kann. Wir werden die Ukraine weiterhin unterstützen. Das ist die Politik der Vereinigten Staaten... So lange es dauert. Das bedeutet nicht, dass wir sie weiterhin mit der gleichen militärischen Finanzierung unterstützen werden wie in den Jahren 2022 und 2023. Wir glauben nicht, dass das notwendig sein sollte, denn das Ziel besteht letztendlich darin, die Ukraine umzustellen, dass sie auf eigenen Füßen steht, und der Ukraine dabei zu helfen, eine eigene Industriebasis und eine eigene militärisch-industrielle Basis aufzubauen, damit sie selbst Waffen finanzieren, bauen und erwerben kann. Aber wir sind noch nicht so weit, und deshalb ist es so wichtig, dass der Kongress das Gesetz zur zusätzlichen Finanzierung verabschiedet, denn wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, an dem die Ukraine sich allein aus eigener Kraft verteidigen kann. Und deshalb ist es für den Kongress weiterhin wichtig, die Ukraine zu unterstützen, und für unsere europäischen Verbündeten und andere auf der ganzen Welt ist es weiterhin wichtig, die Ukraine zu unterstützen.“ (Miller, Sprecher des US-Außenministeriums, 4.1.24)

Dafür sind die 61 Milliarden Dollar, die die Biden-Administration einplant, dann gut angelegt. So versuchen die USA, das Verhältnis von nötigem eigenem Aufwand für die Unterstützung der Ukraine und dem militärisch-strategischen Ertrag zu ökonomisieren, und nehmen sich damit die Freiheit, die eigenen Ressourcen ganz frei den jeweils für prioritär erachteten Weltordnungsfragen zu widmen. Die um ein Fünftel geschrumpfte Ukraine bekommt den widersprüchlichen Auftrag, sich in ein *eigenständiges, selbstverantwortliches Kriegsfeld der NATO* zu verwandeln, die diesen Krieg nicht selbst führt und sich zu nichts verpflichtet. Der ganze Existenzzweck der Ukraine hat in seiner Funktion zu bestehen, Russland in einen *dauerhaft schädigenden Abnutzungskrieg* zu verwickeln. An dieser Rolle der Ukraine gibt es in Washington durchaus Interesse.

b) Europa registriert zu Beginn des dritten Kriegsjahres eine gestiegene und zunehmende Gefährdung seines fortbestehenden Kriegsziels, dem viel zu mächtigen feindlichen Nachbarn Russland in der Ukraine eine nachhaltige Niederlage beizubringen und seine militärische Macht – jedenfalls unterhalb seiner strategischen Atomwaffen – auf ein beherrschbares Maß zu reduzieren.

Die Gefahr geht auf der einen Seite von sorgenvoll diagnostizierten Schwächen der ukrainischen Armee aus. Gefasst wird sie in Form der – nicht neuen, aber starkgemachten – Befürchtung, ein russischer Erfolg würde Putin zu weiteren, weitergehenden Über- und Angriffen auf ehemalige Besitzstände des einstigen „Sowjetimperiums“, womöglich sogar auf die baltischen EU- und NATO-Mitglieder ermutigen; was dem westlichen Bündnis noch viel größere Anstrengungen abverlangen würde als ein Sieg über Russland an der Ukraine-Front. Diese antirussische Neuaufgabe der alten antikommunistischen Dominotheorie, mit der der Westen sich seinerzeit zur Unterdrückung jedes linken Umsturzes selbstverpflichtet hat, weil sonst ein Verbrechen gegen die Freiheit nach dem anderen folgen würde, ist offenkundig weniger eine Bilanz als ein Aktionsprogramm. Aber in der Logik einer „regelbasierten“ westlichen Weltherrschaft fällt beides sowieso zusammen: Je anspruchsvoller, je kriegerischer das Vorhaben, desto mehr folgt es unabweisbar aus einer unverschuldeten Notlage.

Eine echte, gar nicht erst zukünftige Gefahr stellt für Europa auf der anderen Seite die offene Frage der amerikanischen Führerschaft im laufenden antirussischen Krieg für die Freiheit dar. Die ist zwar noch längst nicht obsolet, der gemeinsame Kreuzzug gegen Putins Reich des Bösen keineswegs abgesagt; nicht einmal unbedingt im Fall einer Präsidentschaft Trumps, wenn das nächste Kriegsjahr beginnt. Ein Schaden ist aber jetzt schon da: Nach zwei Jahren eines gemeinsamen Ukrainekriegs-Sponsoring entfällt erst einmal die übergroße, bislang entscheidende Finanz- und Waffenhilfe der USA. Und schon die Aussicht auf die Möglichkeit einer europakritischen, NATO-widrigen Trump-Politik nötigt die europäischen Verbündeten in Rechnung zu stellen, dass die strategische Geschäftsgrundlage ihres tapferen antirussischen Engagements zweifelhaft werden könnte: Amerikas Politik der atomaren Abschreckung, die ihnen überhaupt die gesicherte Freiheit für ihre aggressive indirekte Kriegführung gegen Russland verschafft. ▶

► „Die Vorstellung, Deutschland könnte bei einem Ausstieg der USA ziemlich einsam an vorderster Front der Militärhilfe stehen, ist Scholz nicht geheuer. Es wäre keine gute Nachricht, wenn Deutschland, sollten die USA als Unterstützer wegfallen, am Ende der größte Unterstützer der Ukraine wäre, sagte er kürzlich in einem ‚Zeit‘-Interview. Wir sind, wie Helmut Schmidt gesagt hat, nur eine Mittelmacht. Auch Europa als Ganzes wäre kaum in der Lage, die US-Hilfen vollständig auszugleichen. Und die Vorstellung, die europäischen Nato-Länder könnten von heute auf morgen alleine für ihre Sicherheit sorgen, wird von Experten einheitlich als Illusion eingestuft. Die USA kommen trotz einiger im Zuge des Ukraine-Kriegs erhöhter Militärausgaben in Europa für mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Militärausgaben des Bündnisses auf.“ (Zeit Online, 7.2.24)

Aus der doppelten Schadensbilanz ziehen die Europäer als Erstes die praktische Konsequenz,

dass sie sich der Notwendigkeit stellen müssen, die bis auf Weiteres ausbleibenden Subsidien aus den USA durch vermehrte bzw. vorgezogene Geld- und Waffenlieferungen an die Ukraine zu ersetzen. Dass die Beschlussfassung darüber einmal mehr die innereuropäischen Rivalitäten und wechselseitigen Vorbehalte aufleben lässt, verhindert den Beistand nicht: Was geht, wird geliefert, um den auf langfristige Ruinierung der russischen Kräfte berechneten Bedarf weiterhin zu decken. Die Durchhaltefähigkeit der Russen, zusammen mit durch Nachschubmängel mitverursachten Schwächen der Ukrainer, stellt die europäischen Ausstatter aber vor das Problem, dass die schrittweise Steigerung ihres Kriegshilfswerks womöglich nicht mehr reicht, und damit vor die politische zu entscheidende Alternative, ob es bei einer Eskalation des Einsatzes nach dem bisherigen Muster bleiben soll oder ob nicht schon ein qualitativ bedeutsamer Fortschritt in der Wahl der Waffen auf die Tagesordnung zu setzen ist,

um die Ukraine als für den Bedarf Europas taugliches Kriegswerkzeug zu erhalten. Das Drehbuch dafür gibt es längst. Es folgt dem bewährten Muster, dass die „rote Linie“ von heute die akzeptierte Praxis von morgen ist; die fälligen Stationen sind mit „F-16“, „Taurus“, „Ausgleich des Personal Mangels der ukrainischen Armee durch westliche Soldaten in der Etappe“, schließlich – wenn schon, denn schon – mit „Boots on the ground“ schon mal in der Debatte. Das würde allerdings bedeuten, dass Europas Engagement die Grenze zu direkten Angriffen auf Russland definitiv zu überschreiten beginnt – bzw. nur nach einer winckeladvokatischen Auslegung des Völkerrechts unterhalb der Schwelle aktiver Kriegführung bleibt; einer Spitzfindigkeit, die in der Sache bestätigt, was sie juristisch dementiert. So geht diese Entscheidungsfrage nahtlos über in die Alternative, die für die Europäer aus der großen amerikanischen Verunsicherung folgt: Will man tatsächlich in der Praxis, auch ohne letzte Sicherheit über die

strategische Abschreckungsmacht der USA, dem Dogma von der letztendlichen Feigheit des russischen Monsters folgen und die feindliche Atomkraft bis zum Letzten herausfordern? Oder soll man nicht doch besser in Rechnung stellen, dass an Putins Warnung vor einsatzbereiten russischen Atomwaffen etwas dran sein könnte und dass angesichts einer gewissen Ambivalenz der amerikanischen Politik eine gewisse Vorsicht beim Eskalieren geboten sein könnte?

Unstrittig ist auf jeden Fall das langfristige Projekt, das für Europa aus der unbefriedigenden Bilanz der ersten 2 Jahre Ukrainekrieg folgt: Die NATO-Mächte diesseits des Atlantiks, die EU noch einmal speziell, Deutschland als ambitionierte Führungsmacht in beiden Bündnissen müssen *autonom kriegstüchtig* werden. Spätestens in 5 Jahren. Und das am besten zusammen mit der Ukraine. Egal, ob von der dann noch mehr als eine Trümmerwüste mit Friedhof übrig ist.

Zwei neue Gesetze für Ausländer Abschiebung verbessert, Staatsangehörigkeit modernisiert

Im Januar bringt die Regierung zwei Pakete zur Ausländergesetzgebung, darunter ein neues Abschiebengesetz, durch den Bundestag. Von den besorgten Profis der permanent kritischen Beurteilung der Regierungperformance wird mit gewisser Erleichterung festgestellt, dass das zur Abwechslung endlich mal ein wahrnehmbarer Versuch ist, als Regierung ‚etwas‘ zu unternehmen gegen den Erfolg und die Popularität der AfD, auch wenn für die politischen Beobachter unentscheidbar bleibt, ob die Regierung sich damit zu sehr darum bemüht, die AfD populistisch zu überbieten, oder ob sie es nicht umgekehrt gerade an noch mehr von der notwendigen Härte in Migrationsfragen fehlen lässt. Die AfD selbst sieht es ganz ähnlich, wälzt genüsslich aus, dass sie die Regierung vor sich her treibt, und punktet in ihrem Höhenflug damit, dass sie das Original ist und die Regierungssampel bloß die matte Kopie.

Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Was die Regierung in Sachen Ausländergesetzgebung beschließt, verdankt sich nicht einer Reaktion auf die lautstarke, aber bislang eben ohnmächtige Generalkritik der Opposition von ganz rechts, sondern das ist sie offenbar sich und ihrer hoheitlichen Verantwortung für das Land schuldig: Als mit der entsprechenden demokratischen Mehrheit ausgestattete und handlungsfähige Mannschaft definiert sie das ‚Migrationsproblem‘ und geht es so an, wie sie es für notwendig erachtet – die AfD ist die zu dieser Politik gehörige nationalmoralische Scharfmacherei. Mit ihrem neuen „Rückführungsverbesserungsgesetz“ legt die Regierung schon mit der Bezeichnung Wert darauf, dass sie da etwas zu optimieren hat, was sie als geltenden Bedarf und gültige Rechtslage in Flüchtlingsfragen vertritt und schon längst verwaltet.

Nachdem der Kanzler neulich verkündet hat, dass „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden muss, hat die Regierung sich nun also an die Arbeit gemacht und erleichtert den Vollstreckern der staatlichen Hoheit durch die Ausweitung aller möglichen Befugnisse den Vollzug der nach Recht und Gesetz beschlossenen Ausreisepflichtungen unerwünschter Migranten, denn „der Rechtsstaat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen“ (Faeser, 30.11.23). Darauf legt die Regierung überhaupt großen Wert: Sie handelt nicht aus einer ausländerfeindlichen Haltung heraus, wie es die AfD tun würde, wenn sie nur könnte, sondern ganz pragmatisch im Dienste der geltenden Rechtslage. Sie will „verhindern, dass Abschiebungen scheitern, indem geltendes Recht missbraucht wird, etwa durch offensichtlich aussichtslose Asylfolgeanträge“ (ebd.) – und dieser Missbrauch beim Gebrauch des Rechts durch Flüchtlinge und deren Unterstützer wird eben dadurch unterbunden, dass man die Rechtslage entsprechend ändert: Rechtstitel, die abgelehnten Asylbewerbern bisher im Rahmen ihres Verfahrens zustanden, werden gestrichen; Widersprüche und Klagen gegen Einreiseverbote haben keine aufschiebende Wirkung mehr; die zulässige Dauer des Ausreisegewahrsams wird verlängert; Abschiebungen müssen nicht mehr angekündigt werden, sofern keine Familien mit kleinen Kindern betroffen sind; die Durchsuchungsmöglichkeiten für Vollstreckungsbeamte werden erweitert und neue Maßnahmen zur Identitätsfeststellung gestattet.

Zwar sollen – das sind die Grünen ihrem Selbstbild als menschenfreundliche Partei und dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit schuldig – Abzuschiebende einen Rechtsbeistand gestellt bekommen, sofern sie sich selbst keinen leisten können, was die CDU prompt als unnötiges, selbst installiertes Hindernis für das fällige staatliche Durchgreifen kritisiert. Aber diese Sorge wird von den Grünen im Bundestag lässig zurückgewiesen:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ein Anwalt ist kein Zauberer. Er kann keine rechtmäßige Abschiebung verhindern.“ (Limburg, 18.1.24)

Die Bundesinnenministerin stellt abschließend noch klar, dass das neue Gesetz auch seinen Beitrag zur Akzeptanz und Integration von Ausländern leisten wird:

„Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat, der muss Deutschland wieder verlassen. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass Migration in der Gesellschaft insgesamt akzeptiert wird und Integration funktioniert. Mit der Rückführungsoffensive arbeitet diese Bundesregierung konsequent daran, dass Abschiebungen von den Ländern schneller und effizienter durchgeführt werden können.“ (Faeser, 18.1.24)

Die Ministerin sagt ihren Kommunen und Bürgern an, was sie als Gesellschaft akzeptieren wollen und müssen: nämlich garantiert nur die Migranten, die bei uns bleiben sollen. Dann kann sie aber auch erwarten, dass deren Integration funktioniert. Und wenn diese Linie von der Bundesregierung an anderer Stelle als „pragmatischer Kompass zwischen Humanität und Ordnung“ (bundesregierung.de, 1.2.24) angepriesen wird, die sich wohltuend von der rechten Alternative unterscheidet, dann weist das Bild vom pragmatischen Kompass, der einen stets zuverlässig dorthin leitet, wo man ihn hinzeigen lässt, der Menschlichkeit ihren gradgenauen Stellenwert bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung in Ausländerfragen zu.

*

Praktisch zeitgleich wird im Bundestag eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts beschlossen, das von freundlichen Menschen gern als ein (wenn auch mangelhafter) Trost für die neue deutsche Härte in Asylfragen genommen werden darf. Die Innenministerin spricht von der „Krönung einer gelungenen Integration“ (Faeser, 30.11.23), mit der das bunte Deutschland sich zu den Lebensleistungen seiner Einwanderer bekennt: „Das Signal ist sehr klar: Ihr gehört zu Deutschland!“ (dies., 2.2.24) Eine freundliche Grußbotschaft nicht nur an die einstigen Gastarbeiter, die jetzt, ein paar schlappe Jahrzehnte nach ihrer Ankunft – sogar ohne schriftlich nachweisen zu müssen, dass sie die Sprache beherrschen – richtige Deutsche werden können. Sondern auch eine gute Nachricht für viele andere aufenthaltsberechtigte Ausländer im Land, deren Einbürgerung künftig schon nach fünf oder sogar bloß drei Jahren möglich sein wird – schneller als jemals zuvor.

Zugleich lässt die Regierung keinen Zweifel daran, dass sie auch diese Reform niemandem als sich selbst schuldig ist. Denn sie ist damit bei der Frage, an welche Bedingungen sie ihr Einbürgerungsrecht

für Neuzugänge zu ihrem Volk knüpfen will. Entsprechend hat die angepriesene Gunst auch ihren Preis: Sie soll nur denjenigen gewährt werden, die sich in zweierlei Hinsicht dafür qualifiziert haben. Zunächst einmal:

„Wer in Deutschland eingebürgert werden will, muss wirtschaftlich integriert sein. Der Lebensunterhalt für sich und die eigenen Familienangehörigen muss daher grundsätzlich ohne Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bestritten werden können.“ (Pressemitteilung Bundesinnenministerium, 19.5.23)

Das war zwar irgendwie auch bisher schon so. Mit der Reform gestrichen ist allerdings das bisherige Entgegenkommen des Staates, in besonderen Ausnahme- und Härtefällen Abstriche von seinem Prinzip zu machen und eine Einbürgerung doch noch zuzulassen – in solchen Fällen nämlich, in denen die Passanwärter „die erforderliche Unterhaltsicherung aufgrund von Umständen nicht erreichen können, die außerhalb ihrer Beeinflussungsmöglichkeiten liegen“ (Gesetzesentwurf, 1.11.23). Das ist Pech für alle Ausländer „mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung, pflegen- oder Angehörige, Alleinerziehende, die wegen Kinderbetreuung nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig sein können, oder Schüler/Auszubildende/Studierende, die, ggf. ergänzende, Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen“ (ebd.). Durch Annullierung der bisherigen Ausnahmen besteht die Politik radikal darauf, dass nur jene Deutsche werden dürfen, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen.

Der Justizminister fasst das so zusammen:

„Wir machen Einbürgerung für Menschen leichter, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben. Regeln für Menschen, die vom Sozialstaat leben, werden verschärft. Das setzt Anreize zur Aufnahme von Arbeit und zeigt: Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Nicht in den Sozialstaat.“ (Buschmann, 19.5.23)

Ein dankenswerter Klartext des Mannes von der FDP, welche Sorte Zuwanderung die Regierung haben will und wozu: Wer die produktive Basis des Landes bereichert und als taugliches Konkurrenzindividuum zweifelsfrei für sich selbst sorgen kann, ist nicht nur willkommen, sondern kann sogar Deutscher werden.

Die verschärfte materielle Zulassungsbedingung, die künftig fast ausnahmslos gelten soll, ist allerdings nicht alles. Für die echte Zugehörigkeit braucht es mehr:

„Deutscher Staatsangehöriger kann nur werden, wer sich zum Leben in unserer freiheitlichen und vielfältigen Gesellschaft bekennt, zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ohne Wenn und Aber... Wer sich antisemitisch betätigt, darf kein Deutscher werden.“ (Faeser, 30.11.23) „Einbürgerungsbewerber müssen sich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker, insbesondere dem Verbot der Führung eines

Angriffskrieges bekennen.“ (bundesregierung.de, 2.2.24)

Um als Neudeutscher wirklich dazuzugehören, reicht der übliche Patriotismus, der einen roten Faden historisch verbürgter Großartigkeit zieht, nicht aus. Auch dann nicht, wenn man als moralisch gute Seele außerdem keinem Juden je ein Haar krümmen und keinem Angriffskriegler je die Daumen drücken würde: Verlangt ist die distanz- und berechnungslose Identifikation mit allen Werten der Nation, insbesondere mit dem großen deutschen Sündenfall, den diese Nation als Schandfleck in ihr darüber geadeltes Nationalbewusstsein aufgenommen hat und als solchen pflegt – und mit dem die BRD unter Berufung auf ihn ihre Rehabilitation und ihren Wiederaufstieg als europäische Weltmacht vollzogen hat. Was bei kaum einem eingeborenen Deutschen wirklich dessen Alltag begleitet, sondern ihm vor allem zu den Gelegenheiten nationaler Festtage in Erinnerung gerufen wird, sollen die Anwärter auf Einbürgerung, die noch nicht einmal urgroßelterlich etwas mit 1933-1945 zu tun haben, zu ihrer nationalen Identität machen. Diese Forderung nach einem Bekenntnis zu den deutschen Verbrechen hat ihre tagespolitische Aktualität in ihrer offensiven Übersetzung in die Forderung nach unbedingter Parteinahme für den Staat Israel und den Krieg, den dieser derzeit führt.

Das ist – nicht nur für Zuwanderer aus den Kulturkreisen, für die das eine besondere, auch als solche gemeinte, Zumutung darstellt – ziemlich viel verlangt. Denn was da vom Staat gefordert wird, ist nicht nur ein politisches Urteil, sondern der Widerspruch, sich einen Katalog von nationalen Tugenden und Werten zu seiner zweiten Natur zu machen. Diese Identifikation soll auch nicht einfach deswegen geleistet werden, weil sie verlangt wird; das fällige Bekenntnis soll vielmehr ganz aus dem sich Bekennenden selbst entspringen. Obwohl und weil es als Vorbedingung im staatlichen Anforderungskatalog für den Anwärter ein notwendiges Mittel zum Erwerb der Staatsangehörigkeit ist, darf es genau das nicht sein. Der verlangte Widerspruch provoziert beim Staat einen notorischen Zweifel in Bezug auf alle, die von Haus aus nicht seine, sondern fremde Staatsbürger sind. Es muss sichergestellt werden, „dass in den Einbürgerungsbehörden niemand ein bloßes Lippenbekenntnis zu unseren Werten abgibt“ (Faeser, 30.11.23). Er besteht darauf, sich davon nachhaltig überzeugen lassen zu wollen, und operationalisiert seinen Zweifel dadurch, dass die deutsche Staatsbürgerschaft bis zu 10 Jahre nach Erteilung bei erwiesener Falschheit des Bekenntnisses wieder entzogen werden kann; nach Ablauf dieser Frist will er das notwendige Zweifeln dann zugunsten klarer rechtlicher Verhältnisse sein lassen.

So definiert der deutsche Staat sein Volk als seinen Besitzstand und lässt sich auf die Inbesitznahme zusätzlicher Schützlinge ein. Jedenfalls dann, wenn die nicht nur erwiesenermaßen nützlich sind, sondern ihn auch davon überzeugen, sich ihre neue Eigenschaft als williges Eigentum deutscher Staatsgewalt zu ihrer ureigenen Natur gemacht zu haben. Wenn das gegeben ist, stört die Regierung neuerdings noch nicht einmal mehr deren doppelte Staatsbürgerschaft.